

Weiterer Verfassungsschutz-Skandal?

Landtags-Opposition: Innenminister Schönemann sollte sich selbst beobachten lassen

Hannover (wbn). □ **Uwe Schönemann müsste sich selbst vom Verfassungsschutz beobachten lassen – in diesem Satz spitzt sich die Kritik der Landtagsopposition am „politischen Weltbild“ des niedersächsischen Innenministers zu.**

Zur Beobachtung eines Landtagskandidaten der Grünen durch das Landesamt für Verfassungsschutz erklärt die SPD-Abgeordnete und Vorsitzende des Landtagsausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, Sigrid Leuschner: „Nach der Berichterstattung vom heutigen Donnerstag muss man im Fall der Beobachtung des Grünen-Politikers Jan Wienken von einem Verfassungsschutz-Skandal sprechen. Es ist nicht das erste Mal, dass Innenminister Schönemann Menschen mit der pauschalen Begründung ins Visier nehmen lässt, es handele sich um Linksextremisten.“

Fortsetzung von Seite

Erinnert sei an den Fall des Göttinger Journalisten Kai Budler 2011 oder auch an die versuchte Vereitelung der Einbürgerung der Linken-Politikerin Jannine Menger-Hamilton 2008. Wir unterstützen den Antrag der Landtagsgrünen auf Unterrichtung durch die Landesregierung im Fachausschuss. Wir bereiten darüber hinaus eine Kleine Anfrage vor, damit Herr Schönemann nicht nur in vertraulicher Ausschusssitzung, sondern auch schriftlich und öffentlich sein politisches Weltbild darstellen kann.

Geschrieben von: Lorenz

Donnerstag, den 26. Juli 2012 um 14:32 Uhr

Und wir behalten uns im Fall Wienken einen Antrag auf Akteneinsicht durch die Mitglieder des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vor. Wir wollen endlich wissen, nach welchen grundsätzlichen Kriterien der Verfassungsschutz bei der Bewertung der Frage vorgeht, welche Personen als linksextremistisch eingeschätzt werden und deshalb beobachtet werden müssen. Die bloße Anwesenheit bei öffentlichen Veranstaltungen, an denen auch autonome Gruppen teilnehmen, kann ja wohl nicht ausreichen. Oder wird man auf Zuruf aus dem Ministerium aktiv? Zudem verlangen wir zum wiederholten Male Auskunft darüber, welche inhaltlichen Aussagen und welche konkreten politischen Handlungen gegeben sein müssen, damit jemand als ‚Linksextremist‘ gespeichert wird. Reicht es für die Stigmatisierung schon, die Begriffe ‚demokratischer Sozialismus‘ und ‚Wirtschaftsdemokratie‘ in den Mund zu nehmen?

Diese Begriffe stehen nämlich im SPD-Grundsatzprogramm. Im August 2010 nannte Minister Schünemann als charakteristisch für Extremisten einen ‚exklusiven Erkenntnisanspruch, einen dogmatischen Absolutheitsanspruch sowie ein dichotomes Weltbild, das die Welt in Freund und Feind unterteilt‘. Wenn es danach geht, müsste sich Herr Schünemann schleunigst selbst beobachten lassen.“